

Niederschrift
über die 10. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 27.06.2016 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank
Bündgens, Willi
Decker, Ruth
Fenninger, Georg
Giebels, Harald
Kuckelkorn, Günter
Kühlwetter, Joachim
Dr. Schlieben, Nils Helge
Zimball, Wolfgang

für Petrauschke, Hans-Jürgen

SPD

Arndt, Denis
Krupp, Ute
Prof. Dr. Rolle, Jürgen
Schmitz, Hans
Schulz, Ursula
Walter, Karl-Heinz
Wucherpennig, Brigitte

Vorsitzende

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Bortlitz-Dickhoff, Johannes
Peters, Anna
Rickes, Roland

FDP

Effertz, Lars Oliver
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Zierus, Jürgen

Freie Wähler/Piraten

Vallot, Margret

Fraktionsgeschäftsstellen

Klemm, Ralf
Schulte, Felix

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Die Linke

Verwaltung

Limbach, Reiner
Dr. Weniger, Wolfgang
Bayer, Christine (bis TOP 4)
Dannat, Knut
Frankeser, Karl-Heinz
Krause, Frank
Mäckle, Verena
Pagenkopf, Ralf
Robens, Rolf
Schwamborn, Axel
Beuel, Stefan (Protokoll)

Erster Landesrat
GF LVR-InfoKom
Leiterin LVR-FB 03
Leiter LVR-FB 14
LVR-InfoKom
LVR-InfoKom
Stab GGM
Leiter LVR-FB 12
Leiter LVR-FB 11
Leiter LVR-Institut TBE
OE 10.10

Sonstige Anwesende

Basten, Lara
Dannenhauer, Felix (bis TOP 4)
Dietzsch, Jürgen (bis TOP 14)
Häger, Hildegard (bis TOP 14)
Hiestermann, Astrid (bis TOP 14)
Lauber, Harry
Mosbach, Susanne (bis TOP 14)
Schneiders, Susanne (bis TOP 14)
Steymans, Inge
Stöcker, Daniel
Unkelbach, Ingo
von Berg, Gabriele (bis TOP 14)

Fraktion Die Linke
LVR-FB 03
LVR-FB 12
LVR-FB 12
PR 5
GPR-Vorsitzender
GPR
LVR-FB 21
GPR
Persönlicher Referent ELR
LVR-FB 12
Leiterin LVR-FB 71

Tagesordnung

A: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 29.02.2016
3. Anfragen und Anträge
- 3.1. Prüfauftrag über die Sicherheit im Umgang mit personenbezogenen Daten im elektronischen Datenaustausch **14/125 Die Linke. B**
4. LVR-Inklusions-App **14/1310 E**
5. Substanzerhalt Kulturelles Erbe hier: Beantwortung des Antrags 14/81 **14/981/1 K**
6. Digitale Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege **14/1127 E**
7. Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets und Überprüfung der Verwaltungsstrukturen **14/1302 K**
8. Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe des LVR-Dezernates 7 Geschäftsprozessanalyse/Geschäftsprozessoptimierung (GPA/GPO) **14/1304 K**
9. Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“ **14/1275 K**
10. Personalbericht 2015 für die LVR-Dezernate und LVR-InfoKom **14/1303 K**
11. Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2015 **14/1277 K**
12. Interkommunale Einkaufskooperation über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen hier: Beitritt des LWL zur bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Rheinland, der Städte Leverkusen und Köln **14/1184 E**
13. Verschiedenes

B: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

14. Verschiedenes

C: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung

15. Niederschrift über die 9. Sitzung vom 29.02.2016

- | | | |
|-------|---|------------------|
| 16. | Anfragen und Anträge | |
| 17. | Personalmaßnahmen | |
| 17.1. | Besetzung der Schulleitung des LVR-Berufskollegs -
Fachschulen des Sozialwesens
Düsseldorf und Dependance in Bedburg-Hau- | 14/1255 E |
| 17.2. | Besetzung der LVR-Fachbereichsleitung 84 - Planung,
Qualitäts- und Innovationsmanagement - | 14/1313 E |
| 17.3. | Personalmaßnahmen;
Zuständigkeit des Ausschusses für allgemeine Verwaltung
und Personal | 14/1292 B |
| 17.4. | Personalmaßnahmen;
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 14/1291 E |
| 17.5. | Bestellung zum Prüfer des LVR-Fachbereichs
Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland | 14/1298 E |
| 17.6. | Befristete Einstellungen und die Verlängerung von
Zeitverträgen von 100% drittmittelfinanziertem
wissenschaftlichen Personal im LVR-Dezernat "Kultur und
Landschaftliche Kulturpflege" | 14/1280 K |
| 18. | Verschiedenes | |

D: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

- | | | |
|-------|--|------------------|
| 19. | Erster Quartalsbericht 2016 von LVR-InfoKom | 14/1274 K |
| 20. | Vergabeangelegenheiten | |
| 20.1. | Vergabe eines Rahmenvertrages zur Lieferung von
Technik PCs | 14/1299 B |
| 20.2. | Vergabe einer Wartungsverlängerung für IBM-Software
Lizenzen | 14/1300 B |
| 20.3. | Vergabe einer Subkriptionsverlängerung für RedHat
Lizenzen | 14/1301 B |
| 20.4. | Übersicht der Vergaben von LVR-InfoKom ab einer
Summe von 10.000 EUR für den Zeitraum vom
01.01.2016 bis 15.05.2016. | 14/1242 K |
| 21. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:50 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:30 Uhr
Ende der Sitzung:	11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 9. Sitzung vom 29.02.2016

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Punkt 3.1

Prüfauftrag über die Sicherheit im Umgang mit personenbezogenen Daten im elektronischen Datenaustausch

Antrag 14/125 Die Linke.

Unter Hinweis auf die Beratung im Sozialausschuss führt **Herr Limbach** aus, dass für den Austausch von z. B. relevanten Daten aus dem Bereich der Sozialhilfe ein separates Netz verwendet werde. Über sog. Web-Share-Server würden digitale Räume geschaffen, zu denen nur berechtigte Personen Zutritt und damit Zugriff auf sensible Daten haben.

Herr Zierus zieht den o. a. Antrag daraufhin zurück.

Punkt 4

LVR-Inklusions-App

Vorlage 14/1310

Während **Frau Wucherpfennig** und **Herr Boss** für die Fraktionen von SPD und CDU die Einrichtung der LVR-Inklusions-App als Einstieg in einen dynamischen Prozess mit enormem Potential verstehen, geben **Herr Effertz** für die FDP und **Frau Vallot** für die Freien Wähler/Piraten zu bedenken, dass es sich um Informationen handle, die auf anderen technischen Plattformen wie der LVR-Internetseite oder der Wheelmap bereits vorhanden seien. Dies gelte es insbesondere aus Kostengesichtspunkten zu betrachten.

Herr Zierus ergänzt, dass laut den Ausführungen auf Seite 5 der Vorlage im Vorfeld zwingend im Dialog mit den Mitgliedskörperschaften zu eruiert wäre, inwieweit ein Bedarf an einer solchen App gesehen werde.

Frau Wucherpfennig hält dem entgegen, dass ein entsprechendes Angebot an die Mitgliedskörperschaften zunächst die Existenz einer solchen App voraussetze. **Herr Boss** ergänzt, dass dieser Hinweis auf die spätere Weiterentwicklung der App zu beziehen sei und die Einbindung der Mitgliedskörperschaften zum jetzigen Zeitpunkt einen enormen Zeitverzug bedeuten würde.

Frau Bayer erläutert, dass die Wheelmap zwar die gleiche Zielgruppe im Auge habe und die gleiche Technik nutze, hier aber die LVR-Einrichtungen nicht enthalten seien. Im

Vergleich mit den Daten auf der LVR-Seite bestehe bei der LVR-Inklusions-App ein deutlicher Mehrwert, da elementare Bedürfnisse (Toiletten, Cafes etc.) gedeckt würden. Die Entwicklung der App erfolge zusammen mit einem externen Partner und sie solle in diesem Jahr in Produktion gehen.

Im Ergebnis besteht zwischen allen an der Diskussion Beteiligten kein Zweifel an der Sinnhaftigkeit der LVR-Inklusions-App.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die LVR-Inklusions-App (Arbeitstitel), wie in der Vorlage Nr. 14/1310 beschrieben, zu realisieren."

Punkt 5

Substanzerhalt Kulturelles Erbe

hier: Beantwortung des Antrags 14/81

Vorlage 14/981/1

Auf Bitten von **Herrn Boss** sagt die Verwaltung zu, Ende 2017 einen Bericht darüber vorzulegen, welche Wirkungen/Effekte mit den in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen erzielt wurden. Der Bericht wird den Ausschüssen vorgelegt, die auch die Vorlage beraten.

Auf Nachfrage von **Frau Vallot** erklärt **Herr Limbach**, dass die Dokumentation und Archivierung der enormen Bestände entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erfolge.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung nimmt den nachfolgenden durch den Landschaftsausschuss gefassten Beschluss zur Kenntnis.

"Die geplanten Maßnahmen zur bedarfsgerechten Personalausstattung für das Handlungsfeld "Substanzerhalt Kulturelles Erbe" (Digitalisierung und Sicherung) in den Bereichen des LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrums, des LVR-Zentrums für Medien und Bildung und der Abteilung 92.20 sowie die zu erwartenden Ertragssteigerungen werden gemäß Vorlage Nr. 14/981/1 zur Kenntnis genommen. Der Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Personalkostenbudget des Dezernates 9 in Höhe von 163.500 € in 2016 wird zugestimmt. Sofern eine Deckung aus dem Budget des Dezernates 9 nicht möglich ist, erfolgt die Deckung aus dem Gesamthaushalt. Die zusätzliche Veranschlagung im Haushalt 2017 in Höhe von 380.000€ und im Haushalt 2018ff 539.500 €/Jahr fließt in die Haushaltsplanung 2017/2018 ein."

Punkt 6

Digitale Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

Vorlage 14/1127

Zur Nachfrage von **Herrn Klemm**, wann der erste Aktionsplan realisiert werde, führt **Herr Limbach** aus, dass die Verwaltung diese Information zum Finanz- und Wirtschaftsausschuss und zum Landschaftsausschuss liefern werde.

Weiterhin möchte **Herrn Klemm** wissen, was im Zusammenhang mit der auf Seite 4 der Vorlage beschriebenen digitalen Teilhabe der Begriff kaskadierend bedeute. **Herr Frankeser** teilt mit, dass es darum gehe, die Kulturobjekte des LVR in eigenen und Angeboten von Dritten zu präsentieren.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

"Der Umsetzung der in der Vorlage Nr. 14/1127 dargestellten Digitalen Agenda 2020 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege wird unter Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt."

Punkt 7

Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets und Überprüfung der Verwaltungsstrukturen Vorlage 14/1302

Frau Wucherpfennig bedankt sich für die Vorlage, die einen ersten Vorschlag mit umfänglichen Verfahrensschritten darstelle. Der jetzigen Vorlage sei ein längerer Prozess vorausgegangen. Es gelte, zügig wie beschrieben weiterzuarbeiten.

Herr Runkler verweist auf die guten Erfahrungen der letzten Jahre mit der Personalkostenbudgetierung als leitendem Instrument, mit positiven Effekten für die Mitgliedskörperschaften. Dies sei durch Personalkostenvergleiche belegt. Er befürchtet, dass sich in dem in der Vorlage skizzierten künftigen Vorgehen Kostensteigerungspotential verberge, wenn bei Ausfinanzierung des Stellenplans erst später Konsolidierungsabschlüsse gemacht würden. Insofern hätte sich die FDP-Fraktion eine Fortsetzung der bisherigen Verfahrensweise gewünscht, auch wenn das Bemühen der Verwaltung nachvollziehbar sei, den Stellenplan dem Personalkostenbudget anzupassen.

Herr Effertz hält es nicht für ausgeschlossen, dass nach dem neuen System künftig Diskussionen über einzelne Stellen entstehen.

Herr Boss hält dem entgegen, dass eine Verwaltung wie die des LVR stets gehalten sei, ihre Personalkosten und Steuerungsinstrumente kritisch zu überprüfen. Das jetzt vorgelegte Ergebnis allein der Verwaltung zuzuordnen, greife zu kurz. Vielmehr gehe das, was jetzt durch die Verwaltung bestens vorgelegt wurde, auf den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zurück. Es war und sei Wunsch und Wille der politischen Mehrheit, einen Prozess einzuleiten, der ein Mehr an Budgetierung und Steuerung zulasse. Es gehe um eine Weiterentwicklung unter den Aspekten der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit und darum, ein Auseinanderklaffen der Schere von Personalkostenbudget, tatsächlichen Personalkosten und Stellen zu vermeiden. Ziel müsse es sein, sich positiv weiter zu entwickeln. Das gelte auch für die Personalkostenbudgetierung und den in der Vorlage beschriebenen Ansatz des Dezernates 1, gemeinsam mit den anderen Dezernaten die bestehenden Strukturen zu überprüfen und weitere Kompensationsmöglichkeiten zu realisieren.

Herr Klemm bezeichnet die Personalkostenbudgets der letzten Jahre als guten Weg. Gleichzeitig lobt er die gute Vorlage. Er bittet hierzu um eine ergänzende Auskunft zur Anzahl der sog. Zahlstellen und dazu, ob die drei zusätzlichen Stellen im Team 12.51 externe Dienstleistungen, sprich externe Organisationsuntersuchungen ersetzen würden.

Herr Zierus äußert die Sorge, dass Dezernate mit einer größeren Zahl freier Stellen und damit schlechteren Quotienten Nachteile erleiden würden.

Frau Wucherpfennig bittet die Verwaltung, in 2017 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen. Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Limbach weist zur Anmerkung von Herrn Zierus darauf hin, dass die Bewirtschaftungsquote ein Korrektiv darstelle, weil der Stellenplan aufgrund von Vakanzen und Fluktuation niemals zu 100 % ausgeschöpft sei. Die Bewirtschaftungsquote

stelle einen konkreter Wert dafür dar, wie der Stellenplan bewirtschaftet worden sei. Die Quote habe aber nicht das Ziel bzw. den Automatismus, für die nächste Haushaltsperiode die Personalkostenbudgets zu verstetigen. Vielmehr gelte es, diese auf Basis der aktuellen Stellenbesetzungssituation und zu erwartender Entwicklungen zu verhandeln. Die Sorge, über die Bewirtschaftungsquote einzelne Dezernate strukturell zu benachteiligen, sei unbegründet.

Zu der in verschiedenen Wortbeiträgen aufgezeigten Konkurrenz zwischen Stellenplan und Personalkostenbudget führt Herr Limbach aus, dass es nicht um ein Gegeneinander der beiden Komponenten bzw. Verfahren gehe. Ausgehend vom Oberziel "Herstellung von stärkerer Kongruenz" seien die Budgets aus dem Stellenplan zu entwickeln und nicht umgekehrt. Ziel sei dabei nicht die Ausfinanzierung des Stellenplans und auch mit diesem Verfahren sei in einem zweiten Schritt den Konsolidierungsanforderungen Rechnung zu tragen. Ziel sei aber wohl, die Budgets realistisch aus dem Stellenplan und nicht aus einer mehrjährigen Deckelung heraus zu entwickeln.

Herr Boss bittet den Hinweis zu Protokoll zu nehmen, dass die Fraktionen von CDU und SPD die Verwaltung in dem auf Seite 8 der Vorlage aufgezeigten Organisations- und Prozessmanagement bzw. eingeschlagenen Weg ausdrücklich unterstützen.

Herr Pagenkopf führt zu der Frage von Herrn Klemm nach der Anzahl der sog. Zahlstellen aus, dass diese bei insgesamt über 300 liege, wovon ein Großteil, im 3-stelligen Bereich, auf das Dezernat 9 entfalle. Insofern relativiere sich die Zahl von 27 nicht finanzierten Stellen des Stellenplans.

Zur weiteren Frage von Herrn Klemm bestätigt Herr Pagenkopf, dass die Erledigung von Aufgaben im Bereich des Organisations- und Prozessmanagements durch den FB 12 selbstverständlich Fremdvergaben ersetze. Ein konkretes Auftragsvolumen könne aber nicht beziffert werden, weil die Aufgabenerledigung in die Zukunft gerichtet sei.

"Die Ausführungen zur Herstellung einer weitgehenden Kongruenz zwischen Stellenplan und Zurverfügungstellung des Personalkostenbudgets sowie das Konzept zur Überprüfung der Verwaltungsstrukturen werden gemäß Vorlage 14/1302 zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe des LVR-Dezernates 7 Geschäftsprozessanalyse/Geschäftsprozessoptimierung (GPA/GPO) Vorlage 14/1304

Frau Wucherpfennig lobt die hervorragende Arbeit des Organisations- und Prozessmanagements im LVR-FB 12 sowie die transparente und nachvollziehbare Darstellung in der Vorlage. Es gelte, dies in anderen Bereichen fortzuführen.

"Die Ausführungen zur Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe sowie zur Geschäftsprozessanalyse und -Optimierung (GPA/GPO) des LVR-Dezernates 7 werden gemäß Vorlage Nr. 14/1304 zur Kenntnis genommen."

Punkt 9

Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“ Vorlage 14/1275

Herr Bortlitz-Dickhoff äußert sich kritisch zur Anbindung der Aufgabe Umwelt in einer Stabsstelle unterhalb der Dezernatsleitung. Das Thema Umwelt werde anderen Themen untergeordnet und zudem auf zwei Dezernate verteilt. Damit sei die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht einverstanden.

Herr Zierus bittet um Auskunft, ob die Stellen laut Organigramm aus dem Bestand kommen. Auslöser seiner Frage sei die Formulierung in der Vorlage, wonach die geplante Aufbauorganisation weitgehend ohne Einrichtung zusätzlicher Dienstposten realisiert werden könne. Weiter heiße es dort, dass Ausnahmen hier die Führungsfunktionen (Fachbereichsleitung, zusätzliche Abteilungsleitung für den Baubereich und Einrichtung einer weiteren Teamleitung sowie die Leitung der Steuerungsunterstützung bei der Dezernatsleitung) und eine Stelle für das dezernatseigene strategische Controlling bilden würden.

Herr Limbach führt hierzu aus, dass das Dezernat 3 bei seiner Gründung am 01.02.2015 nicht mit entsprechenden Stellen ausgestattet worden sei. Dies werde im Rahmen der jetzt anstehenden Neustrukturierung zum 01.09.2016 korrigiert, so dass bezogen auf die Fachbereichsleitung 32 tatsächlich eine Stelle hinzukomme. Die künftige Fachbereichsleitung 31 entspreche der heutigen Fachbereichsleitung 24. Die Wertigkeit beider Stellen liege bei A 16.

Frau Wucherpfennig regt an, zur weiteren Transparenz den Begriff Umwelt in der Stabsbezeichnung um den Begriff Umweltverträglichkeit (Umwelt/Umweltverträglichkeit) zu ergänzen, um die Zuständigkeit zwischen den Dezernaten 3 und 9 abzugrenzen.

Herr Boss ergänzt, dass die Verteilung des Themas Umwelt auf zwei Dezernate Sinn mache, weil es im Dezernat 9, z.B. im Bereich der biologischen Stationen und damit in der landschaftlichen Kulturpflege von Bedeutung sei. Im Dezernat 3 sei hingegen der technische Umweltbereich angesiedelt. Der Bedeutung der Aufgabe Umwelt und Umweltverträglichkeit werde auch dadurch Ausdruck verliehen, dass der Aspekt Umwelt in der Fachbereichsbezeichnung 31 als erstes genannt und zusätzlich ein Stab bei der Fachbereichsleitung angesiedelt werde. Der Aufbau des künftigen Dezernates 3 werde ausdrücklich begrüßt.

Herr Zierus stellt klar, dass die Überführung des Dezernates Umwelt in ein anderes Dezernat ungeachtet aller Gründe auch eine politische Schwerpunktsetzung und Wertung darstelle.

Herr Bortlitz-Dickhoff ergänzt, dass er die Begründung der politischen Mehrheit zwar nachvollziehen, aber nicht teilen könne. Die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit würden anderen Themen untergeordnet und hätten damit nicht den richtigen Stellenwert. Er halte das für falsch.

Auf Nachfragen von **Herrn Zierus** führt **Herr Limbach** aus, dass das Beteiligungsverfahren zur neuen Struktur des Dezernates 3 in der nächsten Woche eingeleitet werde. Die fünf Stellen des Teams 31.14 "Ottoplatz" sind stellenplanrelevant, werden aber mit einem kw-Vermerk versehen, der nach Fertigstellung des Ersatzneubaus am Ottoplatz realisiert und das Personal anderweitig eingesetzt werde. Das Personal des jetzigen Fachbereiches 24 werde geschlossen in das künftige Dezernat 3 verschoben. Personen, die derzeit im Bereich der landschaftlichen Kulturpflege im Dezernat 3 beschäftigt sind, werden künftig mit Stelle wieder dem Dezernat 9 zugeordnet. Die Geschäftsleitungsaufgaben für das künftige Dezernat 3 werden von der bisherigen Geschäftsleitung der Dezernate 0 und 2 wahrgenommen. Der Stab Steuerungsunterstützung etc. im künftigen Dezernat 3 werde hingegen neu eingerichtet. Die Zuordnung des Personals erfolge aufgabenbezogen entsprechend der bisherigen Zuständigkeiten.

"Die Ausführungen zur Neubildung des LVR-Dezernates 3 „Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, RBB“ werden gemäß Vorlage Nr. 14/1275 einschließlich der Ergänzung in der Stabsbezeichnung zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Personalbericht 2015 für die LVR-Dezernate und LVR-InfoKom Vorlage 14/1303

Zu diesem TOP gibt es keine Aussprache.

"Der Personalbericht 2015 für die LVR-Dezernate und LVR-InfoKom wird gemäß Vorlage 14/1303 zur Kenntnis genommen."

Punkt 11

Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2015 Vorlage 14/1277

Die insgesamt positive Entwicklung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird fraktionsübergreifend begrüßt. Es gelte aber weiterhin, diese aufmerksam zu beobachten.

Frau Wucherpfennig bittet die Verwaltung um Prüfung, ob und wie die Einrichtung von Springerpools mit unbefristet Beschäftigten, z. B. einrichtungsübergreifend für die Heilpädagogischen Netze und Kliniken, realisiert werden könne, um dem drohenden Pflegenotstand zu begegnen.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig folgenden ergänzten Beschluss:

"Der Bericht zur Entwicklung und zum aktuellen Stand der befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird gemäß Vorlage 14/1277 zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung prüft, ob und wie die Einrichtung von Springerpools mit unbefristet Beschäftigten, z. B. einrichtungsübergreifend für die Heilpädagogischen Netze und Kliniken, realisiert werden kann."

Punkt 12

Interkommunale Einkaufskooperation über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vergabe von Lieferungen und Leistungen hier: Beitritt des LWL zur bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Rheinland, der Städte Leverkusen und Köln Vorlage 14/1184

Die Initiative der Verwaltung, bei den Mitgliedskörperschaften für Kooperationen im Einkauf zu werben, wird ausdrücklich begrüßt.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig folgenden empfehlenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, dem Beitritt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) und ggf. weiterer Gemeinden und Gemeindeverbände zu der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Rheinland (LVR), der Stadt Leverkusen und der Stadt Köln zur Durchführung von Einkaufskooperationen gemäß der Vorlage-Nr. 14/1184 zuzustimmen.“

Punkt 13 **Verschiedenes**

Auf Nachfrage von **Herrn Klemm** führt **Herr Limbach** aus, dass der LVR die ihm im Rahmen des Dienstrechtsänderungsgesetzes eingeräumte Experimentierklausel zur Einführung von Zeitwertkonten für Beamtinnen und Beamte gemeinsam mit der RVK/RZVK ausloten werde. Beamtenrechtliche Konsequenzen würden ggf. im Benehmen mit der Kommunalaufsicht geprüft. Man werde zu gegebener Zeit im Ausschuss berichten.

Weiterhin berichtet **Herr Limbach** über folgende wesentliche Ergebnisse der Tarifeinigung und deren Auswirkungen auf den LVR:

Die Tabellenentgelte und Entgelte für Berufspraktikantinnen und -praktikanten wurden zum 01.03.2016 um 2,4% erhöht. Dies entspreche einem zusätzlichen Volumen von ca. 3 Mio. € für 2016. Zum 01.02.2017 erfolge eine weitere Steigerung um 2,35 %, was ein Finanzvolumen von ca. 3,3 Mio € bedeute. Die Ausbildungsentgelte würden zur gleichen Zeit um Festbeträge von 35,- bzw. 30,- € angepasst, was Mehraufwendungen von ca. 60.000 € in 2016 und ca. 56.000 € in 2017 verursache. Die Laufzeit des Tarifabschlusses wurde auf den 28.02.2018 festgelegt.

Bis zu diesem Datum wurde auch die Regelung des § 16a TVAöD zur Übernahme von Auszubildenden verlängert, was für den LVR kein Problem darstelle, weil es geübte Praxis sei.

Die Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung wurde bis zum 30.06.2026 befristet, die RVK/RZVK sei zum jetzigen Zeitpunkt von der Regelung aber nicht betroffen. Zum TVöD wurde eine neue Entgeltordnung vereinbart, die zum 01.01.2017 in Kraft trete. Die finanziellen Auswirkungen seien derzeit noch nicht absehbar. Insofern blieben die Detailregelungen abzuwarten.

Punkt 14 **Verschiedenes**

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Die **Vorsitzende** verabschiedet **Herrn Lauber**, den Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates. Er nimmt heute letztmalig an der Sitzung teil, weil er nach dem Ende seiner Amtszeit am 30.06.2016 in Rente geht. Sie dankt ihm im Namen des Ausschusses für die Vergangenheit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Wuppertal, den 02.08.2016	Köln, den 07.07.2016	Köln, den 15.07.2016
Die Vorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland In Vertretung	Betriebsleitung LVR-InfoKom
Schulz	Limbach	Dr. Weniger